

Landkreis Ravensburg

den 29. Jun. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 18.05.2017 in der Turn- und Festhalle, Jahnstraße, Schlier-Wetzisreute

Dauer 14:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Stv. Vorsitzende/r

Herr Volker Restle

bei der Beschlussfassung von TOP 5

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,
Herr Thomas Kellenberger,
Herr Dieter Krattenmacher,
Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler,
Herr Robert Schweizer,
Herr Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Markus Ewald,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Holger Lehr,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,

Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Rainer Marquart,
Frau Gisela Müller,
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u.
Bürgerservice

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit u. Soziales

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung u. Land-wirtschaft

Frau Selina Nußbaumer,

Stabsstelle des Landrats

Herr Peter Hagg,

Amtsleiter Kommunal- u. Prüfungsamt

Herr Christoph Dreher,

Amtsleiter Personalservice

Frau Andrea Reber,

Amt für Kreisschulen

Gäste

Herr Claus Erb, Stv. Kreisbrandmeister

Bewerber zu TOP 9

Herr Hubert Messmer, Eigenbetrieb IKP
Herr Raimund Schirmer,
Herr Dr. Sebastian Wolf,

Bewerber zu TOP 3
Schirmer Treuhand GmbH, zu TOP 4 und 5
Oberschwabenklinik GmbH, zu TOP 5

Abwesend:

CDU

Herr Roland Bürkle,
Herr Wolfgang Kleiner,
Herr Peter Müller,
Herr Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Roland Haug,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl,
Frau Ursula Hilpert,

SPD

Herr Anton Frei,
Herr Gerhard Lang,

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Personalservices

3. 0037/2017
Besetzung der Stelle des Geschäftsführers des Eigenbetriebs IKP (Betriebsleiter Geschäftsbereich Zentrales Gebäudemanagement)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0039/2017
Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs IKP, Gast: Herr Raimund Schirmer, Wirtschaftsprüfer und Geschäftsführer der Schirmer Treuhand GmbH
5. 0040/2017
Konsolidierter Jahresabschluss Krankenhäuser 2016 mit Jahresabschluss der Oberschwabenklinik gGmbH sowie Kapitalerhöhungen, Gäste: Herr Raimund Schirmer, Schirmer Treuhand GmbH, Herr Dr. Sebastian Wolf, Geschäftsführer Oberschwabenklinik gGmbH
6. 0014/2017
Krankenpflegeschule 2020: Weiterführung und Neustrukturierung der Krankenpflegeausbildung am Standort Wangen

Angelegenheiten des Amtes für Kreisschulen

7. 0032/2017
Regionale Schulentwicklung - Kleinklassen Kfz-Mechatroniker und Landwirte

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

8. 0061/2017

Verlängerung der Bestellung von Frau Claudia Grießer und Herrn Dr. Elmar Schlecker als Naturschutzbeauftragte

Angelegenheiten des Rechts - und Ordnungsamtes

9. 0063/2017

Wiederbestellung von Herrn Claus Erb zum stellvertretenden Kreisbrandmeister

Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien

10. 0049/2017

Besetzung des Jugendhilfeausschusses, hier: Wahl von Frau Amelie Widenhorn, zur Nachfolgerin von Herrn Florian Müller, als stellvertretendes beratendes Mitglied

11. 0074/2017

Besetzung des Jugendhilfeausschusses, hier: Wahl von Frau Bettina Barber, zur Nachfolgerin von Herrn Thomas Bronnenhuber, als stellvertretendes beratendes Mitglied

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

12. 0060/2017

Problemstoffsammlung für Kleingewerbe und Privathaushalte im Landkreis Ravensburg - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.02.2017

Mitteilungsvorlagen

13. 0059/2017

Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzeption

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

13.1 0076/2017

Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften des Landkreises Ravensburg - Beauftragung von Herrn Claus Scheuber zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie und Ermittlung öffentlicher Fördermittel

- Antrag der ÖDP-Fraktion vom 08.05.2017

14. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Personalservices

15. 0034/2017

Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

16. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 04.05.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Schüler des Beruflichen Schulzentrums Wangen, und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Das Grußwort von BMin Liebmann erfolgt zwischen den Tagesordnungspunkten 5 und 6.

Der Vorsitzende gibt eine Pressemitteilung des Landkreistags in Umlauf (Herr Dr. Komorowski wird neuer Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg).

Herr Baur verweist auf die ebenfalls umlaufende Anmeldeliste für die Klausurtagung des Kreistags am 23.06.2017.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblatt zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 13.1 – Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften, Antrag der ÖDP-Fraktion vom 08.05.2017, 0076/2017).

Außerdem gibt er bekannt, dass TOP 12 von der Tagesordnung abgesetzt wird, da im vorangegangenen Ausschuss für Umwelt und Technik entschieden wurde, die Thematik Problemstoffsammlung im Kontext der Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzeption im Herbst zu beraten.

Aus dem Gremium gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 16.03.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Personalservices

3 0037/2017

Besetzung der Stelle des Geschäftsführers des Eigenbetriebs IKP (Betriebsleiter Geschäftsbereich Zentrales Gebäudemanagement)

Der Vorsitzende verweist auf die ausgeteilten Bewerberunterlagen (die nach der Beratung von Herrn Dreher wieder eingesammelt wurden) und informiert über die Beratung in der gemeinsamen Sitzung von Verwaltungsausschuss und Betriebsausschuss IKP.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erfolgen keine Wortmeldungen vor der Vorstellung des Bewerbers.

Herr Meßmer betritt den Sitzungsraum und stellt sich vor.

Wieder gibt es keine Wortmeldungen. Auch wird nach Frage des Vorsitzenden keine Personaldebatte gewünscht.

Weitere Vorschläge für die anstehende Wahl werden nicht vorgebracht. Damit bleibt es bei einem Kandidaten.

Der Vorsitzende lässt in geheimer Wahl darüber entscheiden.

Zu Mitgliedern der Zählkommission werden benannt: KRe Steiner, Dr. Schad und S. Scharpf.

In der Zählpause stellt sich die neue Leiterin des Sitzungsbüros, Frau Nußbaumer, vor.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau Nußbaumer bereits einen Projektauftrag von ihm erhalten habe: die Einführung der elektronischen Sitzungsdienst-App Mandatos. Die entsprechende Entscheidung des Kreistags solle im Herbst gefällt werden. Für die Sommerwochen sei ein Pilotversuch mit einigen Freiwilligen geplant.

Beschlussentwurf:

Zum Geschäftsführer des Eigenbetriebs IKP wird Herr Hubert Meßmer gewählt.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt (56 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4 0039/2017

Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs IKP, Gast: Herr Raimund Schirmer, Wirtschaftsprüfer und Geschäftsführer der Schirmer Treuhand GmbH

Herr Schirmer stellt den Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs IKP mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Beschlussentwurf:

1. Das Jahresergebnis 2016 wird in der durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schirmer Treuhand GmbH, Biberach, geprüften Form (siehe als Anlage beige-fügender Prüfbericht) festgestellt. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 275.604.371,91 Euro.
2. Der im Jahresabschluss 2016 im Betriebsteil Krankenpflegeschule/Krankenhäuser ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 4.334.314,40 Euro wird in voller Höhe der Kapitalrücklage entnommen. Der im Jahresabschluss 2016 im Betriebsteil Geräte-BgA ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 1.825.866,53 Euro wird in voller Höhe der Kapitalrücklage entnommen.
3. Zum Ausgleich des Verlusts führt der Landkreis Ravensburg dem Eigenbetrieb IKP den Betrag von 7.944.200 Euro in die Kapitalrücklage zu. Von diesem Betrag entfallen 902.800,92 Euro auf die steuerrechtliche Sphäre Vermögensverwaltung.
4. Der Prüfungsbericht des Kommunal- und Prüfungsamts (Anlage 3) zum Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs IKP wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

5 0040/2017

Konsolidierter Jahresabschluss Krankenhäuser 2016 mit Jahresabschluss der Oberschwabenklinik gGmbH sowie Kapitalerhöhungen, Gäste: Herr Raimund Schirmer, Schirmer Treuhand GmbH, Herr Dr. Sebastian Wolf, Geschäftsführer Oberschwabenklinik gGmbH

Herr Dr. Wolf nimmt Bezug auf den als Tischvorlage ausgeteilten Jahresbericht 2016 der Oberschwabenklinik (OSK) und fasst die Informationen zum Jahresabschluss mit einer PowerPoint-Präsentation zusammen.

KR Abler begrüßt es, dass das konsolidierte Ergebnis künftig als Maßstab herangezogen wird. Er zählt die wichtigen Eckpunkte der Unternehmensentwicklung auf und hält als Resümee fest: „Wir sind auf einem guten Weg.“ In Zeiten des ständig steigenden Drucks auf das Pflegepersonal und den Ärztlichen Dienst müsse aber auch der Hinweis erlaubt sein, dass neben dem verständlichen Fokus auf die Zahlen auch die menschliche Komponente nicht aus dem Blickfeld verloren werden darf.

KR Spieß stellt den Beitrag der Mitarbeiter heraus. Auch der Aufsichtsrat habe in den vergangenen Jahren viel leisten müssen, ebenso die Mitglieder des Kreistags. Das konsolidierte Ergebnis als „ehrliche Zahl“ sei überaus wichtig. Er erkundigt sich nach den Überlegungen zu den Defiziten bei der Notfallambulanz, zum weiteren Überstundenabbau und zu den Risiken durch die gesundheitspolitischen Entscheidungen von Bund und Land.

KRin Dr. Brehm erwähnt den beeindruckenden Vergleich der Abschlusszahlen von 2012 und 2016. Die Politik habe hierzu die entsprechenden Vorgaben geliefert und die Mitarbeiter hätten für die erfolgreiche Umsetzung gesorgt. Nun sei ein umsichtiges Vorgehen auf dem weiteren Weg zur Null-Linie gefragt, um die Belegschaft in ihrem Engagement nicht an die Grenzen zu bringen.

KRin Müller hält eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise im Gesundheitssektor nicht für ausreichend. Bei allen Bemühungen, die organisatorischen Strukturen zu optimieren, müsse die Aufmerksamkeit auch auf weitere Aspekte gerichtet werden, beispielsweise auf den Zeitraum nach der Akutversorgung. Dabei sei auch ein Blick über die Grenzen hinaus hilfreich (z.B. Dänemark). Sie bedauert, dass die Idee eines Krankenhauses in Leutkirch nicht umgesetzt werden konnte.

KR S. Scharpf sieht nicht im konsolidierten Ergebnis das Maß aller Dinge. Vielmehr müsse der Mensch in den Mittelpunkt gerückt werden. Insofern sei als Ziel festzuhalten, die menschlichen Arbeitsbedingungen im Krankenhausbetrieb sowie das Arbeitsklima zu verbessern. Seiner Meinung nach sollte ein Krankenhaus auch bei einem zurückgehenden Patientenaufkommen gut existieren können.

KR Magenreuter kritisiert den Pressebericht in der Isnyer Ausgabe, der nicht auf das konsolidierte Ergebnis eingegangen sei. Er bittet den anwesenden Vertreter der Presse, dies entsprechend zu transportieren.

Auf Nachfrage von KR Künst beschreibt Herr Dr. Wolf den standardisierten Mitarbeiter-Fragebogen. Außerdem geht er auf die Themen Notfallambulanz und Überstundenentwicklung ein.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs IKP die Vorlage Nr. 0040/2017 wegen fehlender Beschlussfähigkeit (Befangenheit der Aufsichtsratsmitglieder) lediglich zur Kenntnis genommen habe. Außerdem sei eine redaktionelle Änderung bei Nr. 2 des Beschlussentwurfs zu beachten: Das Wort „beauftrag“ wird an beiden Stellen gegen „angewiesen“ ersetzt.

Die anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrats der OSK sowie der Vorsitzende sind bei der anstehenden Beschlussfassung über die Nr. 2 und 3 des Beschlussentwurfs befangen (bei Nr. 1 des Beschlussentwurfs handelt es sich um eine Kenntnisnahme):

Der 1. stv. Vorsitzende im Kreistag, KR Weinschenk, ist nicht anwesend.

Die 2. und 3. stv. Vorsitzenden im Kreistag, KR M. Lang und KRin Pfluger, sind selbst befangen.

Aus der Mitte des Gremiums wird vorgeschlagen, dass KR Restle den stv. Vorsitz übernimmt. Dagegen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Die anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrats der OSK sowie der Vorsitzende verlas-

sen die Sitzung.

KR Restle übernimmt den stv. Vorsitz und stellt die Nr. 2 und 3 des Beschlussentwurfs zur Abstimmung.

Beschlussentwurf (mit redaktioneller Änderung unter Nr. 2):

1. Konsolidierter Jahresabschluss 2015 von der Oberschwabenklinik gGmbH und Eigenbetrieb IKP

Der konsolidierte Jahresabschluss der Oberschwabenklinik gGmbH und des Eigenbetriebs IKP mit einem negativen Gesamtergebnis von
- 6.622.165 €
wird zur Kenntnis genommen.

2. Jahresabschluss der Oberschwabenklinik gGmbH

1. Der Vertreter des Gesellschafters, Herr Landrat Sievers wird **angewiesen**, in der Gesellschafterversammlung der Oberschwabenklinik gGmbH
 - a) dem Jahresabschluss 2016 zuzustimmen
 - b) der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen
2. Herr Landrat Sievers wird **angewiesen**, in der Gesellschafterversammlung den Aufsichtsrat zu entlasten.
(Hier sind die Kreisräte, die zugleich auch Mitglied des Aufsichtsrates der OSK sind, befangen.)

3. Kapitalerhöhungen

1. Kapitalerhöhung 2016

Die bereits im Jahre 2015 bzw. 2016 für das Jahr 2016 beschlossene Kapitalerhöhung für das Jahr 2016 in Höhe von 4,5 Mio. € wird in das Stammkapital der Oberschwabenklinik gGmbH eingezahlt.

2. Kapitalerhöhung 2017:

2.1 Der Landkreis Ravensburg nimmt im Jahr 2017 eine kapitalstärkende

Maßnahme bei der Oberschwabenklinik gGmbH in Höhe von 4 Mio. € vor. Die Einzahlung erfolgt in das Stammkapital.

2.2 Die Obergrenze des Liquiditätsdarlehens des Gesellschafters Landkreis Ravensburg an die Oberschwabenklinik gGmbH wird im Gegenzug um 3 Mio. € abgesenkt.

3. Herr Landrat Sievers wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung die dafür erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Beratungsergebnis: bei 3 Gegenstimmung und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Herr Landrat Sievers übernimmt wieder den Vorsitz.

6

0014/2017

Krankenpflegeschule 2020: Weiterführung und Neustrukturierung der Krankenpflegeausbildung am Standort Wangen

KR Schmidinger kann die dargestellten Gründe für die Neustrukturierung zwar nachvollziehen, nichtsdestotrotz werde die Entscheidung in Bad Waldsee sehr bedauert. Dort sei eine gute Arbeit geleistet worden.

Beschlussentwurf:

Die Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger durch den Eigenbetrieb IKP wird zu Beginn der Ausbildungskurses 2017/2020 (15.09.2017) neu geordnet. An der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Wangen wird ein zusätzlicher Kurs mit 16 Schülern eingerichtet. Die theoretische Ausbildung am Standort Bad Waldsee wird eingestellt.

Die praktische Ausbildung am Krankenhaus Bad Waldsee wird unverändert fortgeführt. Den theoretischen Teil der Ausbildung übernimmt die Gesundheitsakademie Bodensee-Oberschwaben.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Amtes für Kreisschulen

7 0032/2017

Regionale Schulentwicklung - Kleinklassen Kfz-Mechatroniker und Landwirte

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Er stellt die zwei Blickwinkel heraus, die Sicht des Landkreises und die der Standortgemeinden. Mit Herrn OB Lang habe es im Vorfeld ein ausführliches klärendes Gespräch gegeben. Dieser habe neben inhaltlichen Fragen auch formale Angelegenheiten ins Spiel gebracht. Der Vorsitzende bittet darum, diese in der anstehenden Diskussion zu trennen.

Der Vorsitzende liest das tagesaktuelle Schreiben von Herrn Moosherr, Kreishandwerkerschaft Ravensburg, vor, in welchem dieser darum bittet, die Entscheidung bis zum Herbst dieses Jahres auszusetzen.

Herr Baur stellt den Sachverhalt mit einer PowerPoint-Präsentation dar.

KR Forderer betont, dass die Kreisräte in erster Linie für den gesamten Landkreis verantwortlich seien. Die Zahlen, im Trend gesehen, seien eindeutig. Der Landkreis sei vom Regierungspräsidium über lange Zeit wohlwollend behandelt worden. Nach dem zweiten Hinweisschreiben jedoch müsse nun gehandelt werden.

KR Spieß hält fest, dass die Fraktion der FWV mit dem formalen Vorgehen mehrheitlich einverstanden sei. Dennoch werde die Verwaltung gebeten, die Tagesordnungspunkte künftig stärker zu konkretisieren. Inhaltlich sei die Entscheidung bezüglich der Fachstufe Agrarwirtschaft nachvollziehbar. Bei den Kfz-Mechatronikern sei die Situation allerdings komplexer. Es gebe noch zu viele Fragezeichen, beispielsweise hinsichtlich der Investitionssicherheit oder hinsichtlich eines möglichen Abwartens bis Herbst. Die Standorte Wangen und Leutkirch müssten einer erneuten Analyse unterzogen werden.

KR Spangenberg möchte den Beschlusssentwurf auch nochmals überdenken, mit dem Ziel, für die Mechatroniker alle drei Ausbildungsstandorte im Landkreis zu erhalten. In Zusammenhang mit den formalen Fragen betont er, schon immer für öffentliche Vorberatungen in den Ausschüssen eingetreten zu sein, schon gar bei solch wichtigen und sensiblen Angelegenheiten. Öffentliche Vorberatungen seien auch wichtig, um im Vorfeld von Kreistagssitzungen entsprechende klarstellende Gespräche mit anderen

Institutionen und Experten führen zu können.

KR Rölli stimmt KR Spangenberg zu und spricht sich für den Erhalt des Standortes Wangen für die Mechatroniker, bzw. zumindest für eine Aussetzung der Entscheidung bis zum Herbst 2017, aus.

KR M. Scharpf setzt voraus, dass ein Kreistag sich dafür stark machen sollte, alle Ausbildungsstandorte zu halten und keine Klassen zu schließen. Er wendet sich dagegen, dem Regierungspräsidium bei Schließungsentscheidungen vorzugreifen und rät dazu, dem Regierungspräsidium per Schreiben anzukündigen, dass die aktuellen Schülerzahlen Anlass zur Hoffnung geben, im Herbst die Mindestschülerzahl erreichen zu können.

Der Vorsitzende verweist auf die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schullandschaft.

KR M. Lang wehrt sich gegen den Vorwurf der Kirchturmpolitik oder gegen ein Ausspielen von Wangen und Leutkirch. Es gehe auch nicht nur um eine Klasse mit 15 Schülern, sondern um insgesamt 3 Jahrgänge. In Wangen sei die gewerblich-berufliche Ausrichtung schon immer im Vordergrund gestanden. Man dürfe einen Standort im Allgäu nicht freiwillig aufgeben. Der Kreistag müsse zu all seinen Schulen und Klassen stehen und diese mit aller Kraft halten. Die Schließungsentscheidung müsse vom Land kommen, nicht vom Kreis. Die Schule selbst sei zuversichtlich, die notwendigen Schülerzahlen für das nächste Schuljahr zu erreichen; insofern bestehe nicht die Notwendigkeit, freiwillig und ohne Not eine Schule zu schließen. Dieses wäre ein völlig falsches Signal, zumal Ausbildungsberufe generell und im gewerblichen Bereich insbesondere (auch angesichts des Fachkräftemangels) wieder an Attraktivität gewinnen. Wichtig seien auch die von ihm angesprochenen formalen Aspekte. Der Wortlaut des Tagesordnungspunktes sei hinsichtlich der beabsichtigten Schließung völlig unzureichend. Dieser Verstoß führe seines Erachtens zur Unwirksamkeit des Beschlusses. Wegen der nichtöffentlichen Vorberatung habe die interessierte Öffentlichkeit keine Chance gehabt, sich im Vorfeld zu diesem Thema einzubringen. Ob eine Vorberatung öffentlich oder nichtöffentlich erfolgt, stehe im Ermessen der Verwaltung. Dieses Ermessen müsse auch ausgeübt werden. Die Rechtsverordnung des Kultusministeriums zur Regionalen Schulentwicklung sehe für Schließungsverfahren Konsensgespräche mit allen Beteiligten vor. Solche seien ihm nicht bekannt. Er plädiert dafür, die Entscheidung über die Sitzungsvorlage erst im Herbst 2017 zu fällen, wenn

die aktuellen Schülerzahlen von Leutkirch und Wangen vorliegen und damit den betroffenen Schulen eine faire Chance zu geben.

KR Buschle bezeichnet den Beschlussentwurf als falsches Zeichen, auch für das Handwerk.

KR Natterer erwartet einen spürbaren Zulauf für Handwerksberufe und spricht sich ebenfalls für ein Zuwarten aus.

KRin Dr. Brehm erwähnt die drei Lehrwerkstätten an den drei Standorten und fragt nach dem diesbezüglichen finanziellen Aspekt.

KR Henle berichtet von seinen Gesprächen mit den Verantwortlichen in verschiedenen Institutionen und Ministerien. Der von vielen erwartete Anstieg von Ausbildungsverhältnissen durch junge Flüchtlinge werde sich wegen der Sprachprobleme wohl erst mittel- oder langfristig ergeben. Gegenwärtig sei daher abzuwägen:

- Wenn der Landkreis die anstehenden Entscheidungen selbst regelt, gibt es noch gewisse Zugeständnisse und Gestaltungsmöglichkeiten (z.B. weicher Übergang).
- Bestehen dies Spielräume ggf. im Herbst 2017 auch noch? Wenn nein, müsse die Entscheidung heute getroffen werden.

KR S. Scharpf stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Angelegenheit nicht nur bis Herbst 2017 zu vertagen, sondern so lange, bis die von KR M. Lang erwähnten Konsensgespräche stattgefunden haben. Die ÖDP stehe für Dezentralität und kurze Wege.

KR Aicher fühlt sich nicht ausreichend informiert über alle Aspekte des Sachverhalts und möchte den Beschluss ebenfalls vertagen. Er werde sich an einflussreiche Vertreter des Landes wenden und sich nach den tatsächlich geltenden Vorgaben und den geplanten Entwicklungen und Veränderungen erkundigen.

Herr Baur beantwortet die Fragen aus der ersten Runde der Wortmeldungen. Er teilt mit, dass die obere Schulbehörde das weitere Verfahren bestimmen wird, sollten im Herbst die notwendigen Schülerzahlen nicht erreicht werden. Bei Vorliegen von 16 Anmeldungen jedoch beginne das Verfahren wieder von vorne, also ggf. mit einem 1. Hinweisschreiben in der Folgezeit. Dies bedeute für alle Beteiligten aber auch eine

„ewige Hängepartie“. Eine Konzentration der Mechatroniker in Leutkirch würde seines Erachtens auch zur Qualitätssicherung und Kompetenzbündelung beitragen.

Der Vorsitzende dankt für die sachlichen Beiträge zu diesem schwierigen Thema.

KR Dr. Bastian stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung** auf

1. Schluss der Debatte und
2. Vertagung der Beschlussfassung auf September 2017.

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Dr. Bastian auf Schluss der Debatte:

Beratungsergebnis: bei 30 Gegenstimmen und 20 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Bindig auf Schluss der Rednerliste.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Damit ist die Rednerliste geschlossen.

Der Vorsitzende kündigt an, über die Nr. 2 des Geschäftsordnungsantrags von KR Dr. Bastian erst nach Abarbeitung der Rednerliste abstimmen zu lassen.

KR Bindig geht auf das Erfordernis öffentlicher Ausschuss-Vorberatungen ein und wünscht weitere Angaben zu der Zukunftsfähigkeit von Ausbildungsberufen. Falls die Angelegenheit nicht vertagt werden sollte, bittet er um eine getrennte Abstimmung über die beiden betroffenen Berufsgruppen.

KR Zintl befürchtet, dass gemäß der formalen Argumentation von KR G. Lang die heutigen Beschlüsse ggf. gar nicht rechtskräftig werden können und wünscht eine Stellungnahme der Verwaltung hierzu. Inhaltlich könne er die Gründe für eine Vertagung der Entscheidung nicht nachvollziehen. Er gehe von einer wesentlichen Qualitätsverbesserung an konzentrierten Standorten aus, auch wegen der Lehrersituation. An einer größeren Schule könnten Vertretungsstunden viel leichter organisiert werden.

Auf Kritik von KR Sing an der vermeintlich fehlerhaften Praxis der Veröffentlichung von Tagesordnungen erläutert der Vorsitzende die derzeitige, vom Kreistag beschlossene

Verfahrensweise. Damit seien die Sitzungen, die Tagesordnungspunkte und die Vorlagen hinreichend veröffentlicht und transparent.

KR Sing appelliert an die CDU- und FWV-Fraktion, den Gesamtblick zu wahren und für starke und konzentrierte Standorte einzutreten.

KR A. Müller geht davon aus, dass doch alle Kreisräte so viele Standorte wie möglich und eine große Ausbildungsvielfalt im Landkreis wünschen. Die zwei vorliegenden Hinweisschreiben könnten jedoch nicht ignoriert werden. Man dürfe sich über die geltenden Rechtsnormen nicht hinwegsetzen und sollte heute eine Entscheidung fällen. Als Kompromiss-Lösung schlägt er vor, die Nr. 1 des Beschlussentwurfs zu ergänzen: „..., sofern die Mindestschülerzahl am Standort Wangen ab dem nächsten Schuljahr nicht erreicht wird.“

KR Kellenberger kann sich nicht vorstellen, wo die erwünschten Schülerzahlen herkommen sollen. Der Landkreis brauche starke Strukturen mit stabilen Schülerzahlen.

KR Peter hält Zentralisierungen für sinnvoll. Die Leistungsorientierung und die Qualität der Schulen müssten im Zentrum stehen, auch wenn die Bürgersicht gelegentlich anders sei. Für die Schüler sei, nach Ausrichtung des ÖPNV gemäß den Schulzeiten, ein längerer Weg auch zumutbar.

KR Restle ruft dazu auf, nach vorne zu schauen. Die Zahlen sprächen eindeutig für den Beschlussentwurf.

KR M. Lang betont nochmals, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keinen Zwang zur Schließung gibt. Außerdem sei eine große Schule nicht zwangsläufig besser als eine kleine, zumal man auch in der gegebenen Situation kein Qualitätsproblem habe. Die Hinweisschreiben seien bislang immer im Dezember/Januar versandt worden. Mit einer Entscheidung im Herbst käme der Kreistag damit immer noch einem 3. Hinweisschreiben zuvor.

Herr Baur beantwortet die Fragen aus der zweiten Runde der Wortmeldungen.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärt sich KR Dr. Bastian damit einverstanden, dass sein zweiter **Antrag zur Geschäftsordnung** (Vertagung bis Herbst 2017) mit dem zuvor von KR S. Scharpf gestellten **Antrag zur Geschäftsordnung** (Vertagung bis

zum Abschluss der Konsensgespräche) behandelt wird.

Herr Baur führt aus, dass die Verwaltung der Ansicht sei, alle Beteiligten bereits eingebunden zu haben: die Schulleiter, die Kreishandwerkerschaft, den Bauernverband, das Regierungspräsidium, die Oberbürgermeister der Standortgemeinden. Es gebe keine weiteren Gesprächspartner mehr. Wegen den diversen Interessenskonflikten sei leider kein durchgehender Konsens erreicht worden.

KR S. Schapf bezieht sich auf die Ausführungen von KR M. Lang, wonach das Regierungspräsidium entsprechende Konsensgespräche vor einer Entscheidung gefordert habe.

KR Bindig formuliert eine dritte Variante des **Antrags zur Geschäftsordnung**: Vertagung der Entscheidung bis November.

Antrag zur Geschäftsordnung der KRe S. Scharpf, Dr. Bastian und Bindig:

Die Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt wird bis zur Kreistagssitzung im November vertagt.

Beratungsergebnis: bei 29 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

8 0061/2017

Verlängerung der Bestellung von Frau Claudia Grießer und Herrn Dr. Elmar Schlecker als Naturschutzbeauftragte

KR Strubel bittet darum, den Naturschutzbeauftragten die notwendige Wertschätzung entgegenzubringen.

KR Bindig hält es für problematisch, Beschäftigte beim Landratsamt mit dem Amt des Naturschutzbeauftragten zu betrauen. Er sieht in dieser Konstellation strukturelle Interessenskonflikte und möchte sich daher bei der Abstimmung enthalten. Aus diesem Grunde bittet er um getrennte Abstimmungen.

Beschlussentwurf Nr. 1:

Die Amtszeit der Naturschutzbeauftragten Frau Claudia Grießer wird um 5 Jahre bis zum 31.05.2022 verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Beschlussentwurf Nr. 2:

Die Amtszeit des Naturschutzbeauftragten Herrn Dr. Elmar Schlecker wird um 5 Jahre bis zum 31.05.2022 verlängert.

Beratungsergebnis: bei 7 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Rechts - und Ordnungsamtes

9 0063/2017

Wiederbestellung von Herrn Claus Erb zum stellvertretenden Kreisbrandmeister

KR Wurm dankt Herrn Erb für seinen bisherigen großen Einsatz. Er bittet den Vorsitzenden, TOPs mit Gästen an den Beginn der Tagesordnung zu setzen, um den Betroffenen solch unzumutbar lange Wartezeiten zu ersparen.

Der Vorsitzende weist auf die redaktionelle Änderung des Beschlussentwurfs hin:

„Zum stellvertretenden Kreisbrandmeister des Landkreises Ravensburg wird gem. § 23 Feuerwehrgesetz auf die Dauer von 5 Jahren gewählt und die Eigenschaft eines Ehrenbeamten verliehen: Herr Claus Erb.“

KR Magenreuter fragt, ob die Wahl mit offener Abstimmung durchgeführt werden kann.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden, wonach alle Wahlen geheim vorzunehmen seien.

Zu Mitgliedern der Zählkommission werden benannt: KRin Gebhardt, KR Bindig und KR Restle.

Beschlussentwurf: (mit redaktioneller Änderung)

Zum stellvertretenden Kreisbrandmeister des Landkreises Ravensburg wird gem. § 23 Feuerwehrgesetz auf die Dauer von 5 Jahren gewählt und die Eigenschaft eines Ehrenbeamten verliehen: Herr Claus Erb.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt (39 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende gratuliert Herrn Erb und überreicht ihm die Bestellsurkunde.

Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien

10. 0049/2017

Besetzung des Jugendhilfeausschusses, hier: Wahl von Frau Amelie Widenhorn, zur Nachfolgerin von Herrn Florian Müller, als stellvertretendes beratendes Mitglied

Beschlussentwurf:

Frau Amelie Widenhorn, Katholisches Jugendreferat, BDKJ Dekanatsstelle Allgäu-Oberschwaben, wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Jugendhilfeausschusses und der weiteren Ausschüsse von diesen Änderungen unberührt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. 0074/2017

Besetzung des Jugendhilfeausschusses, hier: Wahl von Frau Bettina Barber, zur Nachfolgerin von Herrn Thomas Bronnenhuber, als stellvertretendes beratendes Mitglied

Beschlussentwurf:

Frau Bettina Barber, Agentur für Arbeit Ravensburg, wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Jugendhilfeausschusses und der weiteren Ausschüsse von diesen Änderungen unberührt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

12 0060/2017

Problemstoffsammlung für Kleingewerbe und Privathaushalte im Landkreis Ravensburg - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.02.2017

Beratungsergebnis: abgesetzt

Mitteilungsvorlagen

13 0059/2017

Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzeption

KR Krattenmacher bittet um Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, auch um das Ergebnis der Klausurtagung am 23.06.2017 abzuwarten.

Anstelle eines entsprechenden Antrages zur Geschäftsordnung nimmt der Kreistag die Sitzungsvorlage Nr. 0059/2017 mit ausgeteilter Tischvorlage (Präsentation als Anlage 2 zur Vorlage) ohne weitere Wortmeldung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

13. 0076/2017

- 1 **Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften des Landkreises Ravensburg - Beauftragung von Herrn Claus Scheuber zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie und Ermittlung öffentlicher Fördermittel - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 08.05.2017**

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Aicher:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

14. **Mitteilungen und Anfragen**

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Kreistag am 18.05.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Personalservices

15. 0034/2017

Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

Beschlussentwurf:

Nichtöffentliche Daten, die nicht bekanntgegeben werden

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stv. Vorsitzender bei TOP 5

KR Volker Restle

Schritfführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Dieter Krattenmacher

Rolf Engler

Liv Pfluger